



Föderaler Öffentlicher Dienst
Inneres

► VEREINBARUNG

Vereinbarung zwischen dem Minister der Sicherheit und des Innern (vertreten durch das Krisenzentrum)
und
(Organisation/Name, z.B. Gemeinde X, Polizeizone Y)

1 Einleitung

Das Krisenzentrum handelt als zentrale Auftragsstelle im Sinne von Artikel 2 Nr. 4 des Gesetzes vom 15. Juni 2006 über öffentliche Aufträge und bestimmte Bau-, Liefer- und Dienstleistungsaufträge.

Daher verpflichtet sich das Krisenzentrum, den lokalen Behörden gemäß Artikel 15 des Gesetzes vom 15. Juni 2006 die Inanspruchnahme der Klauseln, Bedingungen und eventuellen Verlängerungen dieses Auftrags zu ermöglichen.

So kann eine lokale Behörde, die mit einer Notsituation konfrontiert ist, rasch eine Alarmierung der Bevölkerung über die verfügbaren Kanäle auslösen, wenn sie dies für notwendig hält, und zwar zu denselben Bedingungen wie denjenigen, die das Krisenzentrum im Rahmen dieses öffentlichen Auftrags erzielt hat.

2 Gegenstand der Vereinbarung

Die vorliegende Vereinbarung betrifft verschiedene Arbeitsinstrumente, die das Krisenzentrum als zentrale Auftragsstelle den Partnern im Bereich Sicherheit zur Verfügung stellt. Es handelt sich um Instrumente, die zur Unterstützung der Noteinsatzplanung und der Krisenbewältigung ausgearbeitet sind (zum Beispiel die Alarmierungsplattform BE-Alert, das Krisenmanagement-System ICMS, ein Contact-Center, ...), aber auch außerhalb dieses Bereichs eine Anwendung finden können. Für jedes Arbeitsinstrument wurde eine gesonderte spezifische Vereinbarung beigefügt, in der die Bedingungen für ihre korrekte Benutzung und die Anwendungsbereiche beschrieben werden.

3 Ziel der Vereinbarung

Um eine rasche Benutzung dieses Instruments zu ermöglichen, werden die Behörden aufgefordert, dieser Vereinbarung im Rahmen der Vorbereitung auf Notsituationen beizutreten.

Das Krisenzentrum bietet Benutzern des Softwarepakets 3P für die Verwaltung von öffentlichen Aufträgen dadurch, dass es als zentrale Auftragsstelle über den üblichen 3P-Zugriff verfügbar ist, einen bedeutenden Zeitgewinn bei der Aktivierung von BE-Alert.

4 Parteien der Vereinbarung

Die vorliegende Vereinbarung wird zwischen einer Körperschaft (Gemeinde, Polizeizone, ...) und dem Minister der Sicherheit und des Innern unterzeichnet.

Im vorliegenden Fall (Zutreffendes ankreuzen):

☐ **Körperschaft Typ 1 (Föderaler Dienst des Gouverneurs, Gemeinde)¹**

☐ **Körperschaft Typ 2 (Polizeizone, NIN usw.)²**

- **Der Verantwortliche der Körperschaft (Gemeinde, Polizeizone, ...):**

Name:

Vorname:

Funktion:

Adresse:

.....

- **Der Minister der Sicherheit und des Innern**

Vertreten durch:

Name: Thierry Davier

Funktion: Projektleiter BE-Alert

FÖD Inneres

Generaldirektion Krisenzentrum

Rue Ducale 53

1000 Brüssel

5 Geistiges Eigentum

Vorliegendes Dokument sowie der Zugriff auf die Arbeitsinstrumente und die Benutzung der Arbeitsinstrumente implizieren keinerlei Übertragung eines Rechts und insbesondere keines geistigen Eigentumsrechts auf den Benutzer.

Das Arbeitsinstrument und sein Inhalt sind durch die in Sachen geistiges Eigentumsrecht anwendbaren Bestimmungen geschützt.

¹ Zwecks Alarmierung von Personen aufgrund vorab bestimmter Kontaktlisten und direkte Alarmierung von Bürgern im Rahmen einer Notsituation bzw. einer drohenden Notsituation oder für Nachrichten von öffentlichem Interesse.

² Ausschließlich Alarmierung von vorab bestimmten Gruppen.

6 Voraussetzungen für die Benutzung durch die Körperschaft

Durch vorliegende Vereinbarung verpflichtet sich die Körperschaft (Gemeinde, Polizeizone, ...):

- zu völliger Vertraulichkeit in Bezug auf die Klauseln und Bedingungen dieses Auftrags, insbesondere in Bezug auf die Preisbedingungen, und dies während der gesamten Laufzeit der vorliegenden Vereinbarung,
- die im Rahmen dieser Vereinbarung erworbenen Dienstleistungen keinem Dritten zu verkaufen,
- Rücklagen zu bilden, die ausreichen, um die tatsächliche Bezahlung des Auftragnehmers für getätigte Bestellungen zu gewährleisten, wie in den Anlagen zur vorliegenden Vereinbarung vorgesehen,
- mit dem Auftragnehmer für die Laufzeit dieser Vereinbarung keine anderen Verträge für oben beschriebene Dienstleistungen fortzuführen oder abzuschließen.

Bei Nichteinhaltung einer dieser Klauseln kann die Zurverfügungstellung der Arbeitsinstrumente für die Körperschaft (Gemeinde, Polizeizone, ...) beendet werden.

7 Garantie

Trotz aller Maßnahmen in Sachen redundantes Hosting ist das Krisenzentrum nicht verantwortlich, wenn die angebotenen Arbeitsinstrumente unabhängig von seinem Willen nicht verfügbar sind oder ausfallen. In Bezug auf die Verfügbarkeit der Arbeitsinstrumente gelten spezifische SLA, die in den jeweiligen Lastenheften näher bestimmt werden. Die Benutzer sind für die Sicherung ihrer Daten verantwortlich.

8 Haftungsbeschränkung

Die Benutzer haften, jeweils für ihren Teil, für die Richtigkeit und die Fortschreibung der Daten. Das Krisenzentrum ist nicht für den Inhalt der Daten, die nicht sein Eigentum sind, verantwortlich und ist nicht haftbar für falsche, ungenaue, unvollständige oder veraltete Informationen.

Die Verwendung der betreffenden Informationen, insbesondere die Kreuzung mit anderen Daten oder Informationen, erfolgt unter der Verantwortung des Benutzers. Das Krisenzentrum ist nicht haftbar für Schäden, die aus einer nicht konformen Verwendung der Informationen entstehen.

Das Krisenzentrum ist nicht haftbar für eventuelle Fehler bzw. direkte oder indirekte Schäden, die sich aus einem Zugriff auf die Arbeitsinstrumente oder einer Benutzung der Arbeitsinstrumente durch den Benutzer oder aus einer Malware ergeben, die das EDV-System, einschließlich der logischen und physischen Elemente, treffen könnten.

9 Werbung

Die Körperschaft verpflichtet sich zudem, das Krisenzentrum in seinen Bemühungen in Sachen Kommunikation und Werbung bezüglich der angebotenen Arbeitsinstrumente zu unterstützen, insbesondere mit den von der zentralen Auftragsstelle zur Verfügung gestellten Werbemitteln.

Entwickelt die Körperschaft ihre eigene Werbung, achtet sie ferner darauf, dass diese vorher validiert wird, damit der vom Kommunikationsdienst des Krisenzentrums festgelegte Grafikstandard eingehalten wird.

10 Übungen auf Initiative der Körperschaft

Die lokalen Behörden können die Arbeitsinstrumente auch im Rahmen einer Noteinsatzplanungsübung testen (gemäß den Anweisungen des Krisenzentrums).

Die lokalen Behörden müssen das Krisenzentrum mindestens vier Wochen vor dem vorgesehenen Datum der Übung hierüber schriftlich informieren. Die Modalitäten für die Aktivierung werden bei späteren Kontakten im Rahmen einer spezifischen Vereinbarung für die Übung ausgearbeitet.

Eventuelle Kosten für die Benutzung der im Rahmen einer solchen Krisenbewältigungsübung angebotenen Arbeitsinstrumente gehen zu Lasten der Körperschaft.

11 Laufzeit der Vereinbarung

Vorliegende Vereinbarung gilt für eine unbestimmte Dauer.

Das Krisenzentrum kann jedoch die in der Anlage bestimmten Bedingungen (zum Beispiel bei einer Integrierung neuer zentraler Auftragsstellen, beim Wechsel eines Lieferanten, ...) einseitig ändern. Eine Änderung der Bedingungen setzt der vorliegenden Vereinbarung jedoch kein Ende. Jede eingetragene Körperschaft wird über die geänderten Bedingungen informiert und erhält die Möglichkeit, die neuen Bedingungen anzunehmen oder nicht und sogar der vorliegenden Vereinbarung ein Ende zu setzen, und zwar ohne Sanktion.

12 Anwendbares Recht und Streitsachen

Vorliegende Vereinbarung unterliegt dem belgischen Recht.

Streitsachen mit Bezug auf die Ausführung dieser Vereinbarung fallen in die ausschließliche Zuständigkeit der Gerichtshöfe und Gerichte des Gerichtsbezirks Brüssel.

13 Anlagen

In der Anlage finden Sie die spezifischen Vereinbarungen, die entsprechend den bestellten Arbeitsinstrumenten integraler Bestandteil der vorliegenden Vereinbarung sind.

Diese können fortgeschrieben werden.

Ausgestellt in, am

in zwei Originalen.

Für die Körperschaft
(Name, Vorname, Funktion, Unterschrift)

Für den Minister der Sicherheit und des Innern